

Ein Erdbeben als Chance für die westliche Welt?

Leitlinien für die deutsche China-Politik

Eberhard Sandschneider und May-Britt Stumbaum

Die gewalttätigen Unruhen in Tibet, der Eklat um den olympischen Fackellauf und die Erdbebenkatastrophe im Südwesten Chinas haben erneut zu einer heftigen Debatte um die deutsche China-Politik, vor allem innerhalb der Großen Koalition, geführt. In dem gegenwärtigen Schlagabtausch treten die langfristigen Ziele deutscher Außenpolitik zugunsten innenpolitisch motivierter Kampagnen in den Hintergrund. Die Verhinderung eines neuen Kalten Krieges mit der aufsteigenden Weltmacht China, geschürt aus einer gefährlichen Mischung aus Globalisierungsangst, Unwissen und Wahltaktik, ist ein zentrales Interesse für Deutschland und die westliche Welt. Die Einbindung Chinas, aber auch die Menschenrechtspolitik sind viel zu wichtig, um einmal mehr als Spielball innenpolitischer Interessen und für eine Positionierung im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 2009 missbraucht zu werden.

Erdbeben

Die Erde bebte nur ein paar Minuten und hinterließ 5 Millionen Menschen ohne ein Dach über den Kopf, verletzte über 220 000 und kostete nach bisherigen offiziellen Schätzungen über 70 000 Menschen das Leben. Zehntausende sind noch immer verschüttet, die Rettungsarbeiten kommen unter schwierigen Wetterbedingungen und mit mangelhafter Ausrüstung nur langsam voran; oft graben die Helfer mit bloßen Händen nach Verschütteten. Premierminister Wen Jiabao bezeichnete das Beben als das zerstörerischste Erdbeben seit Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949.

Für die chinesische Regierung geht es in dieser Krise auch um das eigene Überleben. Im Gegensatz zur Informationspolitik während der Tibet-Unruhen reagierte die kommunistische Führung – auch mit Blick auf das Verhalten der Militärjunta im von einem Taifun zerstörten Birma – mit einer überraschend offenen Berichterstattung. Premierminister Wen Jiabao flog innerhalb einer Stunde in das Krisengebiet, umgehend

wurden Soldaten, Polizisten und Funktionäre vor Ort als Rettungshelfer in Bewegung gesetzt, der staatliche Fernsehsender berichtet live von den Rettungsaktionen. Die chinesische Führung muss schnell reagieren – sie muss vor allem der Bevölkerung im Land zeigen, dass sie das »Mandat des Himmels«, das in der chinesischen Tradition die paternalistisch anmutende Führung legitimiert, zu Recht hat. Die Erinnerungen an die Folgen des Bebens von Tangshang 1976 sind allgegenwärtig – damals fanden nach offiziellen Zahlen 243 000 Menschen den Tod; das Fehlverhalten der politischen Führung leitete das Ende der »Viererbande« ein und ebnete langfristig den Weg für Deng Xiaopings Öffnungspolitik. Das Beben zeigt, wie rückständig viele Gebiete in China nach wie vor sind – der Westen des Landes fällt scharf ab gegen die glitzernden Metropolen der Ostküste. Das Zusammenstürzen vor allem von Schulen und Kindergärten wirft ein Schlaglicht auf die hohe Korruption im öffentlichen Bausektor, bei denen billige Betonbauten Stahlbetongebäuden vorgezogen wurden – »Käsehäuser« im Sprachgebrauch der Ansässigen, die zusammenfielen wie Kar-

tenhäuser und unzählige Kinder unter sich begraben. Auch die zahlreichen gebauten Dämme zeigen Risse, die aufgestauten Seen und Flüsse bedrohen das Katastrophengebiet mit verheerenden Überschwemmungen.

Tibet

In der Krise in Tibet verfiel die chinesische Regierung in alte Muster – Machtdemonstration und Gewalt als Antwort auf die Proteste, Berichte wurden stark zensuriert, ausländische Reporter erst gar nicht oder später nur sehr ausgesucht und angeleitet in die Region gelassen. Seit seiner Flucht 1959 ins indische Dharamsala kämpft der Dalai Lama mit vielen Reden auf der ganzen Welt für eine »kulturelle Autonomie« Tibets. 1989 wurde ihm der Friedensnobelpreis verliehen. In seinen Büchern schließt er die Wohngebiete kleinerer tibetischer Minderheiten in den an die Autonome Region Tibet angrenzenden Provinzen Ganz, Qinghai, Yunan und Sichuan mit ein – 4 Millionen Tibeter auf einem Gebiet von insgesamt 2,5 Millionen km², knapp siebenmal so groß wie die Bundesrepublik.

Ihm gegenüber steht eine Regierung in Peking, deren Legitimität sich immer weniger auf kommunistische Ideologie stützt und stattdessen die Gewährleistung wirtschaftlichen Wachstums, Stabilität und vor allem die Einheit Chinas und mit ihr einen erstarkenden Nationalismus propagiert. Mit dem Schicksal einer zerfallenden Sowjetunion vor Augen und einer totalitären Tradition fällt es der chinesischen Führung schwer, Gelassenheit und Offenheit in der Tibet-Frage zu demonstrieren.

Aber auch die chinesische Regierung hat die Notwendigkeit neuer Wege zur Lösung des Problems erkannt; Präsident Hu Jintao räumte kürzlich ein, dass der Dalai Lama der Schlüssel zur Tibet-Frage sei. Die Gespräche zwischen Vertretern der tibetischen Exilregierung und der chinesischen Führung wurden vor zwei Wochen wieder aufgenommen.

Globale Herausforderungen und deutsche Interessen

Bei der derzeitigen Pressemanie, gespeist vom Populismus einiger Politiker, darf man grundlegende Tatsachen und Herausforderungen nicht vergessen. Wir sind mit China schon jetzt enger denn je verflochten: China ist der zweitgrößte Handelspartner der Europäischen Union, Deutschland mit Abstand der wichtigste für die Volksrepublik innerhalb der EU. Für den Exportweltmeister Deutschland ist China der viertwichtigste Handelspartner nach Frankreich, den Niederlanden und den USA. Die Verbraucher in Deutschland profitierten in den letzten Jahren enorm von den gefallen Preisen für Konsumgüter »Made in China« von Textil bis Technik – China ist nun mit Abstand der wichtigste Importeur von Laptops und anderen ITK-Gütern. In Fragen der Klimapolitik ist China ein zentraler Faktor: Seit 2006 ist die Volksrepublik der weltgrößte Emittent von CO₂, bis zum Jahr 2010 wird sie zum größten Energieverbraucher werden. Die Umweltschäden des wirtschaftlichen Aufschwungs sind enorm: 16 der 20 am stärksten verschmutzten Städte der Welt liegen im Reich der Mitte, 70 Prozent der Flüsse sind durch Abwässer und industrielle Abfälle verunreinigt, ein Drittel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Weltweite Pandemien wie SARS oder die Vogelgrippe, die direkte Auswirkungen auf Deutschland hatten, fanden ihren Ursprung einst in China.

Der Energiehunger des »Nachzüglers« China auf dem internationalen Rohstoff- und Energiemarkt stellt zudem unseren Umgang mit kritischen Staaten in Afrika wie dem Sudan oder Simbabwe auf den Prüfstein – die chinesische Führung hat angekündigt, in den nächsten 5 Jahren 25 Milliarden Dollar in afrikanischen Ländern investieren zu wollen. Unter dem chinesischen Leitprinzip der »Nichteinmischung« in innere Angelegenheiten werden mit diesen Krediten westliche Initiativen zur Demokratieförderung und »good governance« konterkariert – auf der anderen Seite erhalten die Staa-

ten dadurch auf unbürokratische Weise schnelle Hilfe für dringend benötigte Infrastrukturprojekte. Zudem bietet China Schutz vor internationaler Einmischung – Chinas ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fungiert als Absicherung gegen unbequeme Resolutionen.

Die deutschen Interessen gegenüber Chinas lassen sich auf zentrale Punkte konzentrieren: Zur Lösung globaler Probleme vom Klimawandel über Pandemien bis hin zur Energiesicherheit führt kein Weg an der aufstrebenden Weltmacht vorbei. Mit einem Fünftel der Weltbevölkerung ist es eine Notwendigkeit, die Volksrepublik in das internationale System mehr und mehr einzubinden, wenn wir diese nach wie vor westlich geprägte Ordnung beibehalten und zudem Fortschritte in zentralen Bereichen wie z. B. der Klimapolitik erreichen wollen. Darüber hinaus hat die deutsche Außenpolitik – insbesondere vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte – das Ziel, die Universalität der Menschenrechte als Grundkonstante in der von der »westlichen Welt« propagierten internationalen Ordnung zu fördern, allerdings wie zu erwarten noch ohne erkennbare Ergebnisse.

Ziele deutscher China-Politik

Ziel deutscher Außenpolitik sollte es daher sein, in Kooperation mit den europäischen Partnern die Volksrepublik langfristig in die internationale Ordnung einzubinden und China zu überzeugen, als aufsteigende Weltmacht aktiv Verantwortung zu übernehmen. Dafür ist es wichtig, Vertrauen auf beiden Seiten aufzubauen und zu festigen. Dafür ist es wichtig, die deutschen Ziele klar zu formulieren und vorzutragen, denn nur mit einer klaren, konsistenten Linie wird die deutsche Seite ernst genommen und respektiert werden. Allerdings braucht dieser Austausch geeignete Foren, außenpolitische Substanz darf nicht verschleudert werden für kurzfristige populistische Gewinne in der Innenpolitik. In der Tibet-Frage kann Deutschland zeigen, wie sehr wir zur Lösung des Problems beitragen wollen – nicht durch Parolen in Lokalblätter, sondern

hinter verschlossenen Türen. Gerade weil Deutschland ein Interesse an einer Lösung des Konflikts hat, gerade weil die Menschenrechte ein wichtiger Aspekt deutscher Außenpolitik sein sollen, ist es wichtig, die wieder aufgenommenen Gespräche zwischen der chinesischen Führung und Vertretern der tibetischen Exilregierung nicht zu torpedieren durch die innenpolitische Profilierung von Landespolitikern oder der Positionierung einzelner Kabinettsmitglieder im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009. Der chinesische Präsident Hu Jintao hat bestätigt, dass der Dalai Lama der Schlüssel zur Lösung der Tibet-Frage ist. Der Dalai Lama selbst zeigte Verständnis für die »Terminschwierigkeiten« deutscher Spitzenpolitiker in dieser sensiblen Phase. Dabei darf die deutsche Regierung keineswegs zum »Leisetreter« werden, sondern muss weiterhin darauf dringen, dass eine friedliche, nachhaltige Lösung gefunden wird – aber ohne der chinesischen Seite aus wahltaktischen Gründen einen Gesichtsverlust zuzufügen. Das wäre in der gegenwärtig aufgeheizten Stimmung mehr als kontraproduktiv.

Die schreckliche Erdbebenkatastrophe im Westen Chinas bietet eine Chance, die die Olympischen Spiele offensichtlich nicht bieten konnten – aus der Notwendigkeit, zusammenzuarbeiten, Vertrauen erwachsen zu lassen und China zu zeigen, dass es ein Teil der internationalen Gemeinschaft ist. Verfehlte Feindbilder, wie sie derzeit die politische Debatte in Deutschland prägen, tragen dazu nichts bei. Substantielle Politik ist gefragt: zusammen mit der internationalen Gemeinschaft, vor allem in Kooperation mit der »westlichen Welt«, ist dies eine Chance für die deutsche Politik, der chinesischen Führung und der chinesischen Bevölkerung zu zeigen, dass sie in dieser schwierigen Situation nicht allein gelassen werden. Damit wird der Boden gefestigt, um auch die anderen im Raum stehenden Probleme gemeinsam anzugehen, deutsche Positionen nachhaltig verfolgen zu können und China als einen verantwortungsvollen Akteur einzubinden. Vielleicht bietet die schlimme Naturkatastrophe eine Chance, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.



Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
<sandschneider@dgap.org>



Dr. des. May-Britt Stumbaum
<stumbaum@dgap.org>